

**G 017                      DGB-Bundesfrauenausschuss**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen in geänderter Fassung

Zeilen 1-25

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Zeilen 27-32

**Eigenständigkeit für Frauen statt Bedarfsgemeinschaft**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich in seiner Arbeitsmarktpolitik beim Gesetzgeber und in der Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass der **Grundsatz der ökonomischen und sozialen Eigenständigkeit für Frauen** verfolgt und umgesetzt wird.

Dazu gehören:

- Eine **Integration der Genderperspektive** in die Arbeitsmarktforschung, damit künftig hinreichende und aussagefähige Daten für die **Wirkungsforschung** und als Grundlage für **Politikgestaltung** zur Verfügung stehen. In der Arbeitsmarktforschung ist der Wirkungsforschung künftig ein Vorrang gegenüber der Forschung zur Umsetzung der Gesetze zu geben. Nur so kann überprüft werden, wie nachzusteuern ist, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern.
- Die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, der Vermittlungsbemühungen und Zuteilung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Frauen auf die Aufnahme einer **existenzsichernden Arbeit, soziale Absicherung** und ausreichende **Alterssicherung**, und zwar unabhängig davon, ob eine Frau in einer Partnerschaft lebt oder nicht. Die Zuweisung von Zuverdienst-Beschäftigungen an Frauen ist gleichstellungspolitisch unzulässig und zu bekämpfen.
- Die Abschaffung der **Bedarfsgemeinschaft**, um Frauen unabhängig von einer Partnerschaft den Zugang zu Vermittlung und Förderung zu ermöglichen. Die bisherige Verknüpfung des Anspruches auf Geldleistung mit einem Zugang zur Förderung untermauert das Ernährermodell und ist zu beseitigen.